

liehe Verhandlungen zur Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit sowie für die Gesundung des internationalen politischen Klimas zu schaffen.

Obwohl sich in der Welt überaus schwierige Probleme angehäuft haben, brachten die Beratungsteilnehmer ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die Völker, die friedliebenden Kräfte durch gemeinsames Handeln den gefährlichen Lauf der Ereignisse aufhalten und die komplizierten Fragen, vor denen die Menschheit steht, lösen können.

Das Unterpfand für einen erfolgreichen Kampf gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges sind die Macht und die Einheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, die Geschlossenheit ihrer kommunistischen und Arbeiterparteien. Sie gründen sich auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des sozialistischen Internationalismus und schließen Solidarität und kameradschaftliche gegenseitige Hilfe, volle Gleichberechtigung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie die Achtung des Rechts jeder Partei auf selbständige Ausarbeitung und Verwirklichung ihrer politischen Linie ein.

Die Beratungsteilnehmer sprachen sich dafür aus, die Solidarität und das Zusammenwirken mit allen kommunistischen und Arbeiterparteien zu verstärken. Sie bekundeten ihre Bereitschaft zum aktiven politischen Dialog und zur Zusammenarbeit mit sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, mit verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräften der Antikriegs- und Antiraketenbewegung, um nach Wegen für die konstruktive Lösung komplizierter internationaler Fragen, vor allem für die Einstellung des Wettrüstens, besonders auf nuklearem Gebiet, zu suchen.

Auf der Beratung wurde betont, daß mit dem Anwachsen des Militarismus in imperialistischen Staaten die ideologische Diversion gegen die sozialistischen Länder, die Entfaltung von Verleumdungskampagnen und die Versuche zunehmen, sich auf grobe Weise in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen und verschiedenartige ökonomische Sanktionen anzuwenden.

Es wurde der unmittelbare Zusammenhang zwischen dem Kurs des Imperialismus auf die weitere Forcierung des Wettrüstens und dem Angriff der Monopole auf die Lebensinteressen der Werktätigen in den Ländern des Kapitals sowie der Unterdrückung fortschrittlicher Bewegungen unterstrichen, die für soziale Veränderungen eintreten. Mit seiner Politik der Stärke in den internationalen Angelegenheiten ermuntert der Imperialismus immer unverhohlener Chauvinismus und Rassismus, bietet er Revanchismus und Neofaschismus ein weites Betätigungsfeld, erhebt er den Terrorismus gegen ganze Völker in den Rang der Staatspolitik.

Auf der Beratung wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die Vorzüge und Errungenschaften des realen Sozialismus breit zu propagieren, der in der Praxis das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf die demokratische Teilnahme an den An-